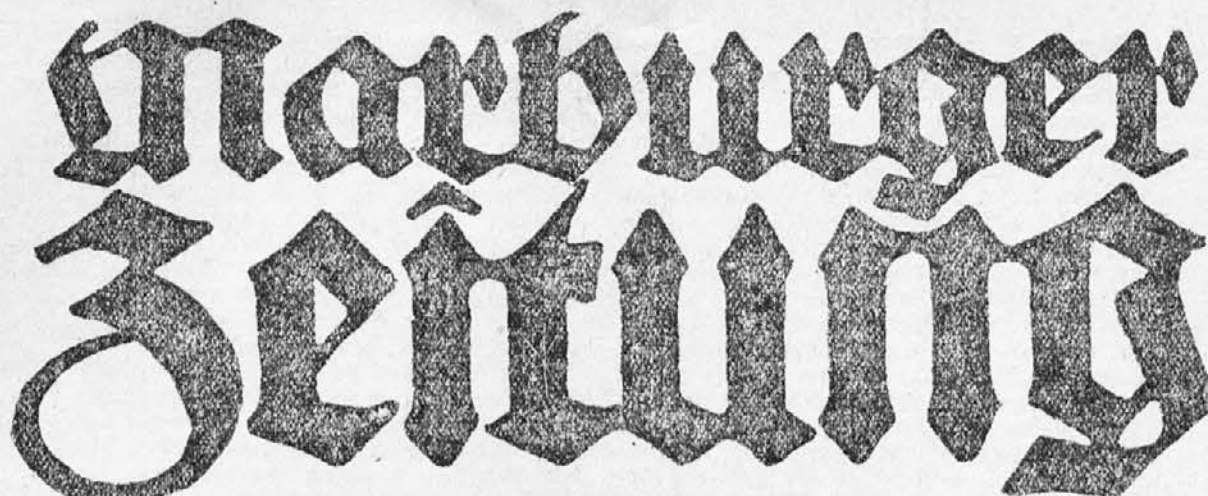


[illegible]

59. Zahra.

Westungarn und Radkersburg deutschösterreichisch. — Wichtige finanzielle Aenderungen. —
Anschlußverbot. — Oesterreich, nicht Deutschösterreich!

Die Frage, ob auch die Frau, Save und Theiß der internationalen Verwaltung zu unterwerfen seien, wird einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

er blieb jedoch in der Minderheit. Die Franzosen waren gegenüber Tardieu gebunden. Balfour, der sich in den wirtschaftlichen Fragen so warm dafür eingesetzt hat, Deutschösterreich die Lebensmöglichkeit zu wahren, nahm in Territorialfragen, wie es scheint, einen anderen Standpunkt ein. Die Marburger Frage wurde also im Sinne Tardiens gelöst. In der Freitagssitzung hat nun Tittoni diese Frage noch einmal angeschnitten, um überhaupt etwas als Kompensation dafür zu erreichen, daß in Marburg die Volksabstimmung unterlassen worden ist. Deutschösterreich wurde daher Radkersburg zugesprochen und wie man hört, das linke Ufer der Mur. Alle übrigen Konzessionen sind ins Wasser gefallen.

Eine ausgezeichnete Karte von Deutschösterreich ist zum Preise von 10 K. in unserer Verwaltung zu haben.

Deutschlands Wiederaufbau.

Fieberhafte Anstrengungen.

Prag, 3. September. Der Abgeordnete der tschechischen Nationalversammlung Soukup, der von einer Reise aus Deutschland zurückkam, äußerte sich Journalisten gegenüber, daß in Deutschland alles am Werke sei um die drückenden Friedensbedingungen möglichst rasch abzuschütteln. In fieberhafter Weise würde die Organisation des Wiederaufbaues bearbeitet. Man sehe darin ein vollständiges Bild wirtschaftlicher Konsolidierung.

Gesandte für Wien.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Berlin, 3. September. „New York Herald“ meldet: Großbritannien und Amerika werden nach Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschösterreich einen Gesandten nach Wien entsenden.

Der rumänische Imperialismus.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Bern, 3. September. „New York Tribune“ schreibt: Während sich die Pariser Konferenz mit den ethnographischen Fragen herumschlägt, hat das rumänische Schwert neue Grenzen gezogen. Rumänien will jetzt gegenüber dem jugoslawischen Staat dieselbe Methode zur Anwendung bringen, die es gegenüber Ungarn angewendet hat.

Der Münchner Geiselmord.

München, 2. September. Vor dem Volksgericht begann gestern die Verhandlung gegen 16 angeklagte Funktionäre der Räteregierung wegen der bekannten Ermordung von 10 Geiseln, unter denen sich auch der Wiener Professor und Kunstmaler Ernst Berger befand. Zur Verhandlung sind 200 Zeugen vorgeladen. Der Anklageakt schildert ausführlich die Ermordung der Geiseln und legt hierbei den Angeklagten ungewöhnliche Roheit und Brutalität zur Last. Einer von den Hauptangeklagten namens Seidl wird von dem Berliner Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, einem Bruder Karl Liebknechts, verteidigt.

Südslawische Außenpolitik.

Marburg, 3. September. Unter diesem Titel schreibt im „Agrarier Tagblatt“ Spiridon Gopcevic: Solange nicht Bulgarien mit unserem Vaterlande ein Ganzes bildet, ist unsere Einheit auf dem halben Wege stehen geblieben. Solange wird es auch keine Ruhe auf dem Balkan geben, denn Jugoslawien und Bulgarien werden zu ihrem eigenen Schaden die erbitterten Rivalen bleiben, solange jedes für sich lebt. Die Liebe zum Feinde ist die schwerste aller Pflichten, gar wenn der Feind unser Bruder ist. Darum ist es auch menschlich verständlich, wenn die Serben im Anblicke des Jammers und der Verwüstung, die die Bulgaren über ihr Land gebracht haben, den grimmigsten Haß gegen den bulgarischen Bruder empfinden. Aber es sind, bei aller der Größe ihrer unsterblichen Heldentaten, doch nur kleine Menschen, die so die Vernunft durch das Gefühl betäuben. Sie sind so klein, wie so viele heute lebende Männer, die sich alle sehr groß dünken,

Die Verhandlungen zur Lösung der Krise in Belgrad.

Belgrad, 3. September. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition werden fortgesetzt. Im Laufe der Verhandlungen des vorgestrigen Tages gingen die Demokraten bis zu den äußersten Grenzen der Nachgiebigkeit. Sie erklärten sich bereit, sieben Portefeuilles zu behalten, den Radikalen fünf abzutreten, während die übrigen unter die anderen Parteien zu verteilen wären. In der Konferenz wurde auch über die Verteilung der Portefeuilles gesprochen, wobei das Ministerium des Innern Gegenstand eines besonderen Interesses war. Minister Pribicevic erklärte sich gern bereit, zurückzutreten, falls seine Person das Hindernis der Verständigung bilde. Die Radikalen forderten das Portefeuille des Innern für sich, während es die kleineren serbischen Gruppen für Danilo Dimovic beanspruchten. Es wurde ferner über die Frage der Agrarreform verhandelt. Protic und Medakovic widersetzten sich der beabsichtigten Lösung. Protic erklärte den Standpunkt des Privateigentums absolut zu vertreten. Bodenbesitz sei nur an die Freiwilligen und Invaliden gratis zu geben.

Zur Abstimmung über das Budgetzwölftel.

Belgrad, 3. September. Bei der gestrigen Abstimmung abjurierte sich der Nationalklub, während die Radikalen, die Medakovic-Gruppe, die Rabarac-Gruppe, einige

Bezüglich des Großgrundbesitzes müsse die Durchführung der Agrarreform eingestellt werden. Die Demokraten willigten darauf nicht ein, worauf die Verhandlungen abgebrochen wurden.

Im Laufe des gestrigen Tages änderte sich die Situation. In der Früh stimmten die Radikalen der Lösung der Agrarreform im Sinne des Gesetzes zu, forderten aber die Sistierung aller früheren Erlasse provisorischen Charakters. Gleichzeitig beharrten sie auf dem Rücktritte des Ministers Dr. Poljak und beanspruchten sein Portefeuille für Dr. Draskovic.

Eine andere Meldung lautet: Im Laufe des ganzen gestrigen Tages klärte sich die Situation nicht. Die Verhandlungen zwischen den einzelnen Gruppen führten zu keinem Resultate und die Beschlüsse vom Vormittag wurden nachmittags widerrufen. Während des Vormittags hieß es, daß der Nationalklub ins Kabinett eintritt; es wurden am 4 Uhr nachmittags die Verhandlungen zwischen Demokraten und Radikalen plötzlich wieder aufgenommen. Die Radikalen verhalten sich ziemlich unnachgiebig.

radikale Dissidenten und der südslawische Herkule Klub gegen die Votierung des Zwölftels stimmten.

weil sie ihrer Rachsucht alle Zügel schießen lassen durften. Rache ist zu allen Zeiten ein schlechter Berater gewesen und sie ist es erst recht in der Politik, die die Kunst der Klugheit sein soll. Unsere ganze Außenpolitik muß auf diesen einen Punkt gerichtet werden: die vollständige Einigung der südslawischen Stämme. Wir arbeiten uns selbst entgegen, wenn wir bei der Friedenskonferenz unsere Entschädigungsansprüche gegen Bulgarien zu hoch stellen. Entschädigungen von Bulgarien haben nicht viel Sinn. Deutschland, Oesterreich und Ungarn, das sind die Staaten, die für den angerichteten Schaden voll aufkommen müssen. Gegen Bulgarien ist nur eine Politik am Platze: diejenige Bismarcks gegenüber Oesterreich nach 1866.

Die vergessenen 14 Punkte.

Amerika versuchte gar nicht, sie zur Geltung zu bringen

Berlin, 3. September. Zu dem Berichte der „New York World“ über das Kreuzverhör Lansing über die vierzehn Punkte Wilsons bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Die vierzehn Punkte Wilsons waren die Grundlage, auf der das deutsche Volk im guten Glauben auf deren Redlichkeit in die Friedensverhandlungen eintrat. Es wurden nur in bezug auf einzelne bestimmte Fragen, wie die Freiheit der Meere, Vorbehalte gemacht. In dem Ergebnis der Pariser Konferenzverhandlungen, von denen Deutschland gescheitert ferngehalten wurde, war nichts mehr von der feinerzeit anerkannten Verhandlungsgrundlage wiederzuerkennen. Man legte dies zur Entlastung Wilsons so aus, daß er gegen den Widerstand seiner Assoziierten seine Grundfänge nicht habe durchsetzen können. Nun erfahren wir aus Lansing's diplomatischer Antwort, daß offenbar von amerikanischer Seite nicht einmal versucht worden ist, diese Grundfänge zur Geltung zu bringen. Wie verhält es sich mit der Idee der Völkerliga, die angeblich ihren Ausgang von den Vereinigten Staaten genommen haben soll, daß sie einem rechtlichen Unfug zugeführt haben, von dessen Ungeheuerlichkeit sie überzeugt waren?

Der neue deutsche Reichsadler.

Berlin, 3. September. Der neue Dienststempel des deutschen Reichsministeriums des Innern weist im Mittelfelde einen neuen, die kaiserlichen Abzeichen entbehrenden Reichsadler auf: Krone, Mittelschild und Ordenskette fehlen, der Kopf ist nach rechts

heraldisch (links) gewandt, heraldische Farben, auch des umgebenden Feldes, sind nicht erkennbar. Das Wappenschild lehnt offenbar an mittelalterliche Vorbilder an und ähnelt etwas dem Frankfurter Wappenadler, wie ihn zum Beispiel die Vereinstaler der Freien Stadt Frankfurt aufweisen. Von einem amtlichen Erlaß, der den bisherigen Reichsadler abschafft und das beschriebene neue Bild an die Stelle setzt, ist bisher nichts bekannt geworden.

Fremdensperre in Salzburg.

Salzburg, 3. September. Der Stadtmagistrat hat die strengsten Maßnahmen zur Durchführung der am 1. September in Kraft getretenen Vorschriften, betreffend die Fremdensperre, getroffen. Unbefugt über den Termin sich aufhaltende Fremde werden der Bestrafung zugeführt und zur sofortigen Abreise verhalten werden.

Ein Rieseneinbruch.

450.000 K Beute.

Wien, 3. September. Am 31. August, nachts, drangen bisher unbekannte Täter in die Kanzleiräumlichkeiten in der Unteroffiziersdivisionsstelle auf der Mariahilferstraße. Sie erbrachen eine Kasse, in der die zur Auszahlung am 1. September für Offiziere und Unteroffiziere bestimmten Gehälter in der Höhe von 450.000 K sich befanden. Das Geld befand sich in einer Kassette und wurde mit dieser gestohlen. Ein Polizeihund nahm die Witterung auf und führte zu der verschlossenen Tür eines Wäbationsraumes, in welchem dann tatsächlich die Kassette vorgefunden wurde. Sie war aber ihres Inhaltes bereits entleert. Hier wurden zwei der mutmaßlichen Täter festgenommen, und zwar zwei Soldaten, die in diesem Raume beschäftigt waren.

Landesbizpräsident Dr. Zerjav in Marburg.

Marburg, 3. September. Am 5. und 6. September wird der Vizepräsident der Landesregierung für Slowenien Dr. Gregor Zerjav dienstlich in unserer Stadt verweilen und an beiden Tagen im Amtsal des Herrn Regierungskommissärs Doktor Pfeifer im Rathaus in der Zeit von 9 bis 13 Uhr Parteien empfangen.

Kurze Nachrichten.

Das Ultimatum an Serbien und der Oberste Gerichtshof. Wien, 3. September. Eine Wiener Frachterfirma hatte dadurch Schaden erlitten, daß die Nordbahn einen am 20. Juli 1914 nach Belgrad aufgegebenen Patentmöbelschiff mit Einrichtungsfüßen am 25. Juli die serbische Grenze überschreiten ließ, obwohl an diesem Tage um 6 Uhr abends das österreichisch-ungarische Ultimatum abließ. Die Firma klagte das Eisenbahnunternehmen auf Schadenersatz für die verlorengegangene Sendung, weil die Regierung gewünscht habe, daß es infolge des Ultimatus zum Kriege kommen müsse, und daher verpflichtet gewesen wäre, die Sendung zurückzubehalten. Das Handelsgericht hat die Klage abge wiesen und der Oberste Gerichtshof bestätigt dieses Urteil mit der Begründung, die Regierung habe den Kriegsfall nicht voraussehen können. Nach fünf Jahren sei es ja leicht, die später eingetretenen Ereignisse als notwendige Folge der damaligen Ursachen zu bezeichnen. Für die Bahnverwaltung sei, solange der Krieg noch nicht erklärt war, kein Grund vorgelegen, den Personen- und Güterverkehr mit Serbien einzustellen. Eine solche Maßnahme hätte den Anschein einer feindseligen Handlungsweise erwecken und die allgemeine Lage verschärfen können. Das Gut sei somit durch höhere Gewalt, nämlich durch unabwendbare und unvorhergesehene kriegerische Ereignisse verloren gegangen.

Ein Ungroökneffe Schillers. In dem württembergischen Städtchen Böckmühl ist der Kaufmann Karl Krieger, ein Ungroökneffe Schillers, gestorben. Seine Familie geht auf Schillers Schwester Luise zurück, die als Gattin des Stadtpfarrers Magister Johann Friedrich Frandh von 1805 bis 1834 im Böckmühler Stadtpfarrhause lebte. Vom Böckmühler Schiller-Stamm lebt neben der Witwe Karl Kriegers und ihrer drei Kinder noch die Witwe Amalie Kiehl-Krieger, die in ihrem Hause noch zahlreiche Familienpapiere und Schiller-Andenken zu einem kleinen Museum vereinigt hat.

Flucht eines Kommunisten. Die beiden Kommunisten Szigetvany und Jure, die sich beim Sturze der Räteregierung nach Deutschösterreich geflüchtet hatten, wurden an die Grenze abgeschoben. Nach der Uebergabe an die ungarischen Behörden flüchtete Szigetvany aus St. Gotthard.

Ein Rathaus eingeeäschert. In Winkelsbühl, der alten fränkischen Reichsstadt, ist das Rathaus, eines der ältesten Gebäude der Stadt, ausgebrannt. Der Schaden ist bedauernd. Die großartige Georg-Pfarrkirche, einer der bedeutendsten Schätze der Spätgotik in Deutschland, war stark gefährdet. Infolge des Brandes wurde die Frau des Kantors Fischer vor Schreck vom Schläge tödlich getroffen.

Der Hungerkünstler Succi gestorben. Der feinerzeit vielgenannte Hungerkünstler Succi ist dieser Tage gestorben. In einer Zeit, da der Hunger keine Kunst mehr ist, da sich so viele darin üben, mußte sein Stern naturgemäß erblaffen, und in der Tat hat man auch seit Jahren von Succi nichts mehr gehört.

Gegen die Verwendung amerikanischer Truppen in Schlesien. Rotterdam, 1. September. „Central News“ melden aus New York, daß der republikanische Senator Wood gegen die Entsendung amerikanischer Truppen nach Schlesien Einspruch erhoben hat.

Die verjagte Quelle. Meine Freundin fragte die elfjährige kleine Tochter ihrer Nachbarin: „Warum bringst du mir keine Lebensmittel mehr?“ „Hast mir doch immer Fett und Eier besorgt!“ Darauf die Kleine: „Mutter ist nicht mehr auf der Post!“

Die heute abends zur Ausgabe kommende Folge der Marburger Zeitung enthält die neuesten, soeben aus Wien einlaufenden telephonischen Berichte.